

Büyükağa, den 16. November 1930.

Kopie

Werter Genosse Landau,

Nachdem ich heute Ihren Brief an die Adresse der Genossen Rosmer und Markin bekommen hatte, habe ich ein Protesttelegramm gegen Ihre Haltung in der österreichischen Frage an Sie und an das Internationale Sekretariat gesandt. Es würde mir schwer fallen, in Ihrem Schreiben einen einzogen richtigen und gerechten Satz zu finden und da ich aus Erfahrung weiss, dass Sie auch richtig zu urteilen imstande sind, so kann mir nur fraktionelle Voreingenommenheit als Erklärung dienen. Ihre Anklagen gegen die Genossen Molinier und Mille sind vollständig unbegründet und gehören zu der Art, die eine ernste Arbeit unmöglich machen und den Fortschritt der Opposition ~~zu~~ hindern.

1° Der Charakter der Mission der beiden genannten Genossen war nicht offiziell aber ziemlich offiziös, da wir unter Beteiligung der Genossen Naville, Frankel, Markin und meiner mit den beiden Genossen die notwendigen Vorschläge und Massnahmen ausgearbeitet haben. Da alle beteiligten Gruppen von dem wirklichen Charakter der Mission im voraus schriftlich informiert waren und da die Genossen M.u.M. ihre Vorschläge dem Internationalen Büro zur Prüfung vorlegten, ist Ihre Beschuldigung, sie hätten eine sich illoyal angeeignete Autorität missbraucht, absolut grundlos.

2° In der Frage Erich Kernmayer hat die Provisorische Kommission, wie sie selbst sich nennt, die einzig mögliche Entscheidung gefällt. Man kann jemanden, den man verdächtigt, nicht in die eigenen Reihen zulassen, auch den anderen revolutionären Organisationen privatim den Rat geben, ihn nicht zuzulassen. Wenn man öffentlich jemanden als Spitzel denunziert, ohne Beweise dafür zu haben, so begeht man den schlimmsten Missbrauch des öffentlichen Vertrauens und ~~verleumert~~ sich für die Zukunft die Möglichkeit, den wirklichen Spitzel beim Namen zu nennen. Die Genossen haben aber noch Schlimmeres getan. Sie haben eine Organisation, die der Internationalen Opposition angehört, des Protegierens der Spitzel angeklagt. Sie haben sich jedenfalls in einem persönlichen Brief mit ihnen solidarisiert. Aber Ihr sehr mildes Urteil über den von der Leitung der "Mahnruf"-Gruppe begangenen Fehler, der eher ein politisches Verbrechen ist, ändert an diesem letzteren nicht viel. Ich bin bereit anzunehmen, dass der Grund in der politischen Unerfahrenheit der Mahnruf-Leitung liegt. Desto unzulässiger ist es aber, solche Aktionen schweigend zu decken und ihre symptomatische Bedeutung nicht verstehen zu wollen.

3° In ihren Berichten haben M.u.M. Sie mit keinem Wort angeklagt. Sie haben nur behauptet, dass die Verdächtigungen des Genossen Daniel dem Kernmayer gegenüber nicht, wenigstens nicht so ernst und tief gewesen wären, weil Sie, Genosse Landau, noch im September mit Kernmayer in intimer politischer Verbindung standen. Sie behaupten Ihrerseits zur Widerlegung des oben Angeführten, dass Sie erst im September über die Verdächtigungen Bescheid bekommen hätten. Damit bekräftigen Sie aber nur, was M.u.M. feststellen, nämlich dass die Verdächtigungen von Daniel politisch lanciert wurden erst im Moment der entstandenen Differenzen und Spaltung. Das Wort Leichtfertigkeit, dass Sie in diesem Zusammenhange gebrauchen, ist somit nicht am Platze. Die Art, wie Sie von den beiden ganz ernstesten und der Sache ergebenden Genossen sprechen, ist völlig unangemessen und beweist, dass Sie der ganzen Sache mit Voreingenommenheit gegenüberstehen. Dass ist umso bedauerlicher, als Sie in der Eigenschaft eines Mitgliedes des Internationalen Büros doch zu völliger Objektivität in den nationalen Streitigkeiten verpflichtet sind.

4° Sie klagen ferner die Genossen M.u.M. an, sich über die politischen Meinungsverschiedenheiten nicht ausgesprochen zu haben. Wir besitzen alle die Zeitungen der beiden Gruppen und andere Publikationen, was genügt, um uns eine Meinung über die wirklichen, vermeintlichen oder künstlich aufgebauten Differenzen zu bilden. Der "Mahnruf" ist kein lebensfähiges Organ. Seine Basis und seine führenden Kräfte reichen für ein Organ nicht aus. Das ist jedenfalls erwiesen. Er ist weder ein Massenorgan, obwohl er sich diesen Anschein gibt, noch ein Erziehungsorgan für die Kader. Es besteht absolut kein politischer Grund, anzunehmen, dass dieses Organ selbständiges Zentrum der Krystallisation der revolutionären Arbeiter werden kann. Der Mangel an Standhaftigkeit ist durch die Tatsache bewiesen, dass dieses Organ in der Hauptfrage seiner Existenz, -Organ der Linksopposition oder nicht- im Laufe weniger Monate seine Position änderte, wobei die Erklärung war, dass ein Genosse beigetreten oder zurückgetreten sei. Da ich keinen Zweifel hatte, dass neben Elementen mit ungerechtfertigten Ambitionen am "Mahnruf" sich auch gute Elemente beteiligen, hatte ich desto weniger Grund, meine Meinung über die politische Lebensunfähigkeit des Organes auszusprechen, als ich mit der baldigen Verschmelzung mit der "Arbeiterstimme" rechnete. Die grossen politischen Meinungsverschiedenheiten werden aufgetischt nur, um die Vereinigung unmöglich zu machen. Was für einen Sinn hätte es für die Internationale Opposition, sich in diesem Falle auf die Seite der Mahnrufgruppe zu stellen? Nehmen wir die Frage ganz objektiv: a) Die Mahnrufgruppe ist politisch weniger klar und weniger Standhaft, wie ihr Organ beweist. b) Hat weniger Arbeiter, einen kleineren Wirkungskreis. c) Hat weniger qualifizierte Kader. Da die beiden Gruppen sich zur Internationalen Opposition bekennen und politische Meinungsverschiedenheiten die die Wahl ermöglichen Würden, nicht vorhanden sind, da die Einigung sich als unmöglich erweist, (oder falls sie sich als unmöglich erweist), so würde die Internationale Opposition sich für die "Arbeiterstimme" entscheiden müssen, jedenfalls würde ich mich in diesem Sinne entschliessen und für diesen Entschluss Propaganda führen.

5° Die Frage steht aber noch ungünstiger für die Mahnrufgruppe. Denn die "Arbeiterstimme"-Gruppe hat ja den Entwurf einer Einigungsplattform ausgearbeitet, von dem Sie leider mit keinem Worte Erwähnung tun und was ich mir nicht anders erklären kann, als dass Sie sich nicht vom politischen, sondern organisationspersönlichen Standpunkt leiten lassen. Ich finde diesen Entwurf mit zwei Abänderungen, die ich vorschlage, für ganz geeignet als Plattform der Vereinigung. Wenn die Mahnrufgruppe die Fragen anders behandelt, warum hat sie keinen Gegenentwurf oder keine Amendements ausgearbeitet?

6° Wenn man aber die Plattform annimmt, so ist in Oesterreich, wie in China, wie in Deutschland kein anderes Verhältnis für die Vereinigung möglich, wie das Proporzverhältnis. Die Forderung der Parität ungeachtet der Mitgliederanzahl ist ungeheuerlich. Dass der Vorschlag der Proporz für Oesterreich keine Ausnahme ist, wissen Sie selbst sehr gut, weil wir dasselbe Vorgehen für Deutschland angewendet und später auch den chinesischen Genossen mit Ihrer Zustimmung vorgeschlagen haben. Die Zahl der organisierten Arbeiter zu ignorieren und die Präzentionen der Führer durch Paritätseinrichtungen zu ignorieren, widerspräche vollständig der Parteidemokratie. paramitieren

7° Ich mache mir keine Illusionen über die Art und Weise des Genossen Frey, an gewisse Fragen heranzugehen und auch über das Regime in der Organisation, die er leitet. Ich werde ganz konkrete organisatorische Vorschläge unterbreiten, die das Verhältnis zwischen der österreichischen Opposition und der Internationalen, wie das Regime der ersteren in Zukunft regulieren soll. Dies aber ist eine andere Frage, die praktisch zu lösen eine systematische und andauernde Arbeit von uns allen fordern wird.

Heute handelt es sich um eine gewisse Etappe, d.h. die Existenz paralleler Organe

nisationen in Oesterreich ein Ende zu setzen. Ich schlage in dieser Richtung vor, den Plattformentwurf der Freygruppe als grundlegend anzuerkennen, die Genossen von der Mahnrufgruppe aufzufordern, ihre Abänderungs- oder Zusatzanträge zu formulieren (selbstverständlich in bezug auf politische, programmatische und taktische Fragen, nicht in bezug auf die Vergangenheit der verschiedenen österreichischen Gruppen). Bis zum 20. Dezember muss das Internationale Büro die endgültige Plattform ultimativ, mit fixierter Frist den beiden Organisationen zur Vereinigung vorschlagen. Die Vereinigungskonferenz muss sodann im Verlaufe von zwei Wochen, d. h. nicht später als anfangs Jänner auf der einzig möglichen Basis der Proporzahlen stattfinden. Das Internationale Büro kann, ohne in die demokratischen Befugnisse der Konferenz einzugreifen, jedenfalls noch der Konferenz seinen Rat erteilen, in die neu zu wählende Leitung die führenden Genossen des "Mahnruf" einzugliedern, auf Grund des elben Proporzverhältnisses. Falls die Mahnrufgruppe Widerstand leistet, wird die K.P.Oe. (Opposition) als die einzige Sektion der Linksopposition in Oesterreich anerkannt. Das sind meine Vorschläge.

Diesen Brief betrachte ich als vertraulichen Brief, bestimmt nur für die Mitglieder des Internationalen Büros und Sekretariats, da niemand den Wunsch haben kann, diese internen Differenzen öffentlich auszutragen.

L. D. T.

P.S. Ich mache den letzten Versuch, die österreichische Frage in einer Form zu erledigen, die für niemand verletzend sein kann. Ich hoffe bestimmt, Genosse Landau, dass auch Sie in dieser Frage die Interessen der Internationalen Opposition höher stellen werden, als Ihre persönlichen Beziehungen zum "Mahnruf" und den betreffenden Genossen reinen Wein einschenken, das heißt, ihnen den Rat geben werden, den vorgeschlagenen Einigungsmodus zu akzeptieren.

Beilage.

Kopien an die Mitglieder des Int. Büros und Sekretariats.